

## Die institutionalistische Schule

Institutionalistische Ansätze der internationalen Politik teilen mit der realistischen Schule die Annahme, dass Staaten als rational kalkulierende Akteure aufgefasst werden können, die ihre egoistischen Interessen in einer anarchischen internationalen Umwelt durchzusetzen versuchen.

Im Gegensatz zur realistischen Schule argumentieren InstitutionalistInnen aber, dass egoistische Akteure durchaus zu Kooperation fähig sind, nämlich immer dann, wenn unilaterales Handeln zu unbefriedigenden oder gar katastrophalen Ergebnissen führt. So schafft ein ungebremster Rüstungswettlauf im Allgemeinen nicht mehr Sicherheit, sondern vergrößert nur die wechselseitige Unsicherheit und kann in Krise und Krieg eskalieren. In einer solchen Situation ist die Aushandlung von Rüstungskontrollabkommen eine rationale Alternative. Kooperation egoistischer Akteure ist auch dann möglich, wenn das gewünschte Handlungsergebnis nur durch gemeinsame Regelungen erzielt werden kann (etwa Regelungen zur Eindämmung des Ozonlochs, des Klimawandels oder des Atomwaffensperrvertrags).

Institutionalisten halten also im Unterschied zu Realisten stabile internationale Kooperation eher für möglich und schreiben darüber hinaus internationalen Institutionen, die einen bestimmten Politikbereich regeln, einen größeren Einfluss auf die Interessen und das Verhalten der Staaten zu. [...] Im Unterschied zur liberalen Theorie des demokratischen Friedens machen sie die Chance der internationalen Kooperation nicht nur von der inneren Ordnung der Staaten abhängig. Auch Diktaturen kooperieren, wenn sie anders ihre Interessen nicht durchsetzen können.

*Thomas Risse-Kappen: Vom Ost-West-Konflikt zur internationalen Unübersichtlichkeit, in: Der Bürger im Staat 45/1995 Heft 1, S. 3 f.*